

Berlin, Donnerstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

ortsteiljähr. für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Votenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 M.

für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. i. m. Kreuzband-SENDUNG 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für Frankreich bei Aug. Ammel in Straßburg i. G.,

für England bei Aug. Siegle in London, 30 Rine Street E. C. Comie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hôtels- und Bäder-Anzeiger

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die viergespaltene Zeile 40 Pf., Reclamezeit 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Der zweiten Lesung erster Tag.

So kurze Zeit die gestrige Sitzung des Reichstags dauerte, so inhaltsreich ist sie nach allen Seiten hin verlaufen. Ein Kaleidoskop ist ja vergleichsweise arm an wechselnden Bildern gegenüber dem, was man seit nun sechs Monaten „die innere Lage“ nennt. Aber daß auch noch dieses Bild, wie es sich seit gestern Mittag entrollte, im Wandel der Dinge sich ergeben werde, das hätte doch die kühnste Phantasie nicht voraus zu erfassen vermocht.

Vorgestern konnte man wohl glauben, daß eine kleine Mehrheit für den Hueneischen Vermittlungsantrag zu Stande käme. Der Vermittlungsantrag war mit der Regierung vereinbart und hatte die Zustimmung des Kaisers gefunden. Nun war es allerdings das Richtige, zu einem möglichst raschen Ende zu treiben. Wider Erwarten setzte der Präsident des Reichstags dem unfruchtbareren Zeitvertrieb mit minder wichtigen Dingen ein Ziel und brachte die Militärvorlage auf die gestrige Tagesordnung.

Die Rechnung war ohne Herrn Lieber gemacht; er konnte zwar die Hueneischen Vermittlungsvorschläge zum Erfolg gelangen lassen, wenn er mochte, allein er mochte nicht. Die Gründe zu untersuchen, ist schwierig. Möglicherweise war in der That nur der herausgeforderte Charakter des Führers das treibende Motiv; möglicherweise war es doch die Erkenntnis, daß der Centrumsthum in absehbarer Zeit unter weit weniger ertäglichen Umständen wanken und bersten müsse, die Herrn Lieber bestimmte, die Kräfte besser durch eigenes Bestreben sich zugleich herbeizuführen. Vielleicht wirkten auch beide Beweggründe zusammen, — genug, die Mannschaften des Centrums wurden so zu sagen bis auf den letzten Landsturmpflichtigen aufgeboten, und es wurde ihnen die Wahl gestellt, ob sie mit Lieber oder mit Huene das Parteigefährt fortsetzen wollten. Der Hochdruck, mit dem von radicalen Flügel her gegen die compromißgeneigten Schleichsinn Aristokraten gewirkt wurde, ist von einem vollen Erfolg begleitet gewesen. Wenn man vorsehern noch rechnete, daß 20 Centrumstimmen für Huene, 60 für Lieber fallen und 30 ultramontane sowie 10 Kaiser Stimmen nicht abgegeben würden, so muß man heute rechnen, daß nur 7 bis 8 Stimmen für Huene, 100 für Lieber fallen und nur 12 ultr. und Kaiser Stimmen ausbleiben werden.

Das bedeutet einen Unterschied von rund 50 Stimmen zu Ungunsten der Hueneischen Verständigungsaction und diese Differenz ist durch nichts mehr auszugleichen. Herr Richter behält Recht. Die Vorlage ist gescheitert.

Aber zu spät für Herrn Richter ergiebt sich diese Klarheit. Bereits haben die verständigeren Elemente des Deutschfreisinn den bisher im Verborgenen geführten Kampf gegen die Richterische Führung auf das offene Forum verlegt. Eine Verkörperung des ausgeprochenen Gegensatzes werden sie selbst als Männer, die eine Bergangenheit und einen guten Namen aufs Spiel zu setzen haben, unmöglich wünschen. Lebensfalls hat auch Herr Richter kein Interesse mehr, mit diesen 15 bis 20 Parteifreunden von vorgestern sich weiterhin zu vertragen. Er kommt heute zu Wort. Man darf annehmen, daß bei dieser Gelegenheit die Auseinandersetzung beginnt. Auch im Deutschfreisinn wird also eine innere Spaltung, die ja das Richterische Blatt als Thatsache bereits ausgiebt, noch vor der Reichstagsauflösung zu einer völligen und äußerlich wirksamen Trennung führen.

Die dritte der großen Parteien, die conservative, hat ebenfalls heute erst die Gelegenheit, sich zu erklären. Es war ein echt Gröberer Saad-

hieb, der mit den Aufgaben eines Commissions-Berichterstatters so wenig gemein hatte, wie der Grundsatz auf das voraus liegende Gebiet der Wahlkämpfe, als Herr Gröber gestern aus den Commissions-Verhandlungen „berichtet“, daß die „Partei der Conservativen“ sich auf den Boden der ganzen und unverminderten Vorlage gestellt habe und im Falle jedes, „auch eines minimalen Abstrichs“ die Vorlage verwerfen wolle. Commissions-Berichte pflegen jede Bezeichnung der Parteien, von denen solche Erklärungen ausgehen, zu verzeichnen. Herrn Gröber dürfte heute die nötige Belehrung darüber zu Theil werden.

Andererseits war noch weit bemerkenswerther, wie der Kanzler nunmehr — post tot discrimina rerum — mit den Conservativen vor aller Welt Frieden und Freundschaft schloß. Kaum fünf Monate ist es her, daß er ihnen den „Antisemitismus und Bimetallismus“ an die Rockhänge hing und daß er sie des bewußten Demagogenthums beschuldigte. Gestern machte er vor ihrem Patriotismus, ihrer Entschlossenheit nicht nur persönlich, sondern feierlich, „im Namen der Regierung“ eine tiefe Verbeugung. Das ist ein Damastus in schönster Form! Die Conservativen dürften jetzt wohl bereit sein, auch ihrerseits dem Kanzler zu bezugehen, daß es niemals in ihrer Absicht gelegen habe, den Herrn Reichskanzler zu „stürzen“, wie er so oft befürchtete. Die Harmonie für die Wahlen ist dann wieder hergestellt.

Was endlich die Nationalliberalen betrifft, so hat sich das Blatt zu ihren Gunsten derart gewendet, wie es auch die unverbefferlichsten Optimisten schwerlich erwarteten. Der Regierung sind sie in keiner Weise verpflichtet. Im Gegentheil haben sie völlig freie Hand, den Sammelruf dahin zu formulieren, daß jeder Wähler ernstlich mitarbeiten möge, das Staatsgeschäft vor weiteren Schwankungen zu behüten, indem er diejenige Partei verstärke, die thatsächlich allein in all' diesen Jahren ohne Rücksicht auf Günst und oben das Wort der rechten Kritik zur rechten Zeit gefunden. In der Frage der Militärvorlage dagegen scheidet die Notwendigkeit einer Vertretung der „ganzen“ Vorlage aus, nachdem die Regierung selbst auf den Hueneischen Standpunkt sich zurückgezogen hat; und wenn einzelne Glieder der Partei bisher noch widerstrebten, über den Antrag Vernünftigen hinauszugeben, so wird es ihnen jetzt nicht schwer fallen, auf den Antrag Huene sich zu vereinigen. Was selbst anderthalb Tausend Deutschfreisinnige verantworten wollen, kann die nationalliberale Partei gewiß auch auf ihre Kappe nehmen.

Für die Neuwahlen ergiebt sich damit ein um so besserer Aspekt, als die Alshwardt-Skandale für geraume Zeit hinaus den Antisemitismus aufs Trotze gesetzt haben. Den Alshwardt selbst werden wir sicherlich los; und auch die Büchel, Pickenbach und Genossen mögen sehen, wo sie bleiben. Man kann unter diesen Umständen den Augenblick für Neuwahlen sogar als günstig finden.

So sehen die Dinge heute. Ein unerwartetes Ereigniß ist ja in Zeiten, wie wir sie durchleben, nicht ausgeschlossen. Aber die parlamentarischen Erwartungen gehen sämtlich dahin, daß mit dieser Woche auch dieser Reichstag sein Ende erlebt. Die gemäßigten liberalen Parteien im Lande mögen eiligst an die Wahlvorbereitungen herantreten. Die Verhandlungen am Reichstag selbst, die gestern schon ein starkes Gepräge der Wahlarbeit an sich trugen, dürften im weiteren Verlauf von heute ab wohl nur noch Reden an das Volk mit sich bringen.

Telegramme.

Koburg, 3. Mat. (G. T. G.) Die auswärts verbreiteten Gerüchte über eine Ertragung des Herzogs Ernst entbehren durchaus der Begründung. Nach den neuesten Berichten aus Rizza befindet sich Herzog Ernst im besten Wohlbefinden.

Prag, 3. Mat. (G. T. G.) Samstag. In Beantwortung einer an die Regierung gerichteten Interpellation wegen der antisemitischen Excesse in Böhmen erklärte der Statthalter Graf Thun, die Excesse seien durch die böswillige Ausbreitung veranlaßt worden, daß eine bei einem Juden bedienstete Magd das Opfer eines rituellen Mordes geworden sei. Die gerichtliche Obduction habe ergeben, daß nicht die geringsten Spuren von Gewaltthat am Leichnam vorgefunden wurden, vielmehr ein Selbstmord vorliege. Die Sicherheitsbehörden hätten nichts veräußert, was im Interesse der Sicherheit der Person und des Eigentums verschütt werden konnte; dieselben seien überall mit aller Entschiedenheit aufgetreten, wodurch es ihnen gelungen sei, die Wiederholung und Ausbreitung der Excesse zu verhindern. Der Statthalter erklärte, er vertritt die Bewegung auf's Schärfste, welche eine ganze Klasse gleichberechtigter Staatsbürger ihrer gesetzlich gewährtesten Rechte berauben wolle und sich hierbei von blindem Klassenhasse leiten lasse. Alle Regierungsorgane seien verpflichtet, schon in der Ausübung der Vorjorge für die allgemeine Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe dieser Bewegung die vollste Aufmerksamkeit zu widmen, und, wo immer ein Anlaß sich biete, derselben auf das Entschiedenste entgegenzutreten, damit alle Bewohner Böhmens ohne Rücksicht der Nationalität, der Confession und des Standes den Vollen Genuß der staatsbürgerlichen Rechte und den Schutz der berechtigten Interessen genießen. Es könne aber nicht die Sache der Sicherheitsbehörde sein, gegen die verbreiteten Anschauungen und Tendenzen zu Felde zu ziehen, sondern ihre Thätigkeit könne der Hauptsache nach nur eine repressive sein und erst dann eintreten, wenn solche Ideen in concreten Thatsachen den gesetzwidrigen Ausbruch fänden. (Rehabiter Beschl.)

London, 3. Mat. (G. T. G.) Unterhaus. Zweite Lesung der Bill betreffend die Beschränkung des Arbeitstages in den Bergwerken auf acht Stunden. Dieselbe enthält die Bestimmung, daß jede Contraction seitens der Arbeitgeber mit einer Geldstrafe bis zu 2 Pfund zu belegen sei. Der Deputirte D. Thomas beantragte Verwerfung der Bill. Premierminister Gladstone erklärte, diese Frage sollte nicht als Parteifrage behandelt werden. Die Regierung könne als Regierung nicht interveniren; aber die Mehrheit der Minister werde für die zweite Lesung stimmen. Auch er selbst werde dafür stimmen, weil er sich überzeugt habe, daß eine sehr bedeutende Mehrheit der Vergleute für die Vorlage sei. Die Vorlage müsse jedoch bei der Einzelberatung dahin abgeändert werden, daß das Gesetz in den Districten, in welchen die Majorität der Vergleute gegen dasselbe sei, nicht in Kraft treten solle, und ferner dahin, daß die Geldstrafe nicht ausschließlich auf die Arbeitgeber angewendet werde. Andersfalls könne er nicht für die dritte Lesung der Bill stimmen.

London, 3. Mat. (G. T. G.) Heute Nachmittag fand unter dem Vorsitz des Lord-Majors in der Guildhall ein Meeting gegen die Home-Rule-Bill statt. An demselben nahmen Vertreter der Handels-, Finanz- und Industrie-Institute theil. Der Saal war überfüllt. Die Mehrzahl der Vörsenmitglieder, etwa 1200 an der Zahl, begaben sich in Procession mit Fahnen und unter Gelang des „Rule Britannia“ nach Guildhall und hielten die Umgebung gegen die Gladstonianer besetzt, welche angeblich eine Gegendemonstration beabsichtigten.

London, 3. Mat. (G. T. G.) General Sir James Dornier, Oberbefehlshaber der Truppen in Madras, ist seinen Anzügen auf einer Jagd von einem Tiger erfaßten Wunden erlegen.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Ämtliche Nachrichten.

Der König hat dem Königlich Schwedischen Major Björkin, Abtheilungs-Chef bei der kriegsgeschichtlichen Abtheilung des Generalstabs, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse verliehen.

Der König hat den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen nicht-